

Das Essener Friedensforum fordert statt der US-Kanonenbootspolitik eine friedliche Weltinnenpolitik in Sinn der UN-Charta

Die US-Aggression gegen Venezuela und die CIA-Beteiligung läuft bereits seit einigen Monaten, wie es unter anderem [der Nachrichtensender CNN berichtet](#). Es handelt sich hier mitnichten um die einsame spontane Entscheidung eines einzelnen Autokraten. Bereits im August hatte das US-Pentagon Militär, darunter Kampfjets und Schiffe mit ca. 15.000 Soldaten in die Karibik, darunter das Kriegsschiff »USS Gerald R. Ford« in die Karibik vor Venezuela entsandt. Diese Drohkulisse erfolgte im Zusammenhang mit der Verfolgung von Schiffen durch die US-Marine, die mit dem Vorwurf legitimiert wurde, es seien Drogenboote. Das US-Militär zerstörte bis heute mehr als 30 Boote, es tötete über einhundert Menschen unter dem Vorwand, es kämpfe gegen Drogenschmuggel. (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-12/us-angriff-venezuela-donald-trump-hafen-eskalation>)

Die CIA und die US-Armee hat während des Kalten Krieges und nach seiner Beendigung mehrfach federführend bei Völkerrechtsbrüchen durch Putsche und die Unterstützung von Bürgerkriegsparteien ganze Regionen ins Chaos gestürzt.

Der aktuelle Überfall auf Venezuela und die Entführung von Präsident Maduro reiht sich in die Verletzungen der UNO-Charta ein; es ist mitnichten nur die Einzeltat eines umstrittenen Präsidenten.

Donald Trump blieb auf der Pressekonferenz zum Vorgehen gegen Venezuela auffallend unkonkret, was die Entsendung von Bodentruppen betrifft; er sprach davon, dass die USA die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen; es ist bekannt, dass die Armee des Landes die Regierung Venezuelas stützt, somit sind weitere Gewaltakte zu befürchten.

D. Trump erklärte, er wolle Venezuela »reich, unabhängig und sicher machen« (SZ, 3.01.2026) Das ökonomische Interesse der USA wurde in der Ankündigung deutlich, nun stünden Investitionen US-amerikanischer Ölkonzerne -darunter Exxon- in Venezuela an. Venezuela ist das Land mit den weltweit größten Ölreserven.

Das Vorgehen gegen Öltanker, die Venezuela u.a. für den Transfer nach China verlassen hatten, zeigt, hier geht es nicht nur um einen Feldzug gegen eine Regierung, die mit linken Erklärungen gegen Großkonzerne Politik betreibt, hier geht es auch um geopolitische Strategien im Konflikt zwischen Nato-Staaten und Russland sowie China. Erste Kommentare befürchten darüber hinaus eine Fortführung der US-Kanonenboot-Politik gegen Nicaragua und Kuba.

(<https://www.tagesspiegel.de/internationales/schweinebucht-invasion-und-iran-contra-affare-die-us-interventionen-in-lateinamerika-15099068.html>)

Die Erklärungen aus der Bundesregierung zur brandgefährlichen US-Eskalations-Politik offenbaren eine indirekte Unterstützung der Gewaltpolitik der USA, die entlarvend ist, und die wir verurteilen.

Kanzler Merz sagte zur rechtlichen Einordnung der US-Aggression zunächst nur, sie sei „komplex“. Er erläuterte, „Nicolás Maduro hat sein Land ins Verderben geführt.“ Vizekanzler Klingbeil urteilte, zwar habe Maduro „ein autoritäres Regime angeführt“, er verband dies mit einer wachsweichen Distanzierung vom US-Angriff: „Allerdings kann dies keine Rechtfertigung dafür sein, internationales Recht zu missachten“ Die Friedensbewegung fordert die Einhaltung des Völkerrechts, Diplomatie und Abrüstung statt Militarisierung der Weltpolitik.

Konkret heißt das hier: • USA raus aus Venezuela, • Ende der Kuba-Blockade, • Umsetzung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages, • globale Kooperation, → Statt Konfrontation, Gewalt und Rechtsbruch • Einhaltung der UNO-Charta!